

trat die sozialdemokratische Führung auf dieser Offizierstagung hervor? Man war zwischen den Wänden sehr offenherzig. Knöringen ging davon aus, daß die Sozialdemokratische Partei nie wehrfeindlich gewesen sei und den Verteidigungskrieg bejahe. Er führte aus, daß die SPD das größte Interesse an der Gewinnung verfassungstreuer, demokratischer Offiziere habe, weil das Problem des Wehrbeitrags für die SPD unerhört schwer sei. Die Diskussion über den Verteidigungs- und Wehrbeitrag habe in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei zu schweren Erschütterungen geführt. Er selbst z. B. könne es nicht wagen, den unteren Funktionären Kenntnis von dieser Offizierstagung zu geben.

Als Kenner des Verteidigungsproblems innerhalb der SPD trat Bundestagsabgeordneter Erler auf. Er führte aus:

„Die USA schützen in Europa nicht das »Abendland«, sondern ihre Interessen. Wir hätten daher allen Grund, das USA-Interesse durch ein weitgehendes Investitionsprogramm zu steigern. Jede amerikanische Familie in Deutschland mehr ist für die USA auch ein Grund mehr, in Europa zu bleiben. Von großer Bedeutung ist die Bindung amerikanischen Kapitals in Deutschland.

Auf eine Frage, ob das Interesse an der Investition der Amerikaner so weit ginge, daß auch die Sozialisierungstendenzen der SPD in den Grundindustrien zurückgestellt würden, antwortete Erler wörtlich: „Ich bin Realist genug, um auch dazu ‚ja‘ zu sagen, wenn die Verstärkung der USA-Streitkräfte damit erreicht wird.“

Er entwickelte dann ein Programm, wie und auf welche Weise die Sozialdemokratische Partei die allgemeine Wehrpflicht durchsetzen will. Er gab eine Reihe von Informationen aus Geheimbesprechungen zwischen Bradley, Blank und Speidel über die Frage der Bewaffnung Deutschlands, wonach Bradley ausgeführt hat, daß die Amerikaner lieber sehen würden, Deutschland zu bewaffnen als Frankreich, weil sie wüßten, daß in Frankreich von drei Panzerbesatzungen zwei bolschewistisch seien.

Es zeigt sich immer deutlicher auch für die breite Masse in Westdeutschland, daß die Politik der Sozialdemokratischen Partei mit einem ruchlosen Verrat an den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse verbunden ist.

Bei der Abwürgung des Landarbeiterstreiks in Niedersachsen wurden offen amerikanische Gangstermethoden angewandt. Der landwirtschaftliche Unternehmerverband wandte sich mit einer Klage an das Arbeitsgericht in Frankfurt a. M. mit der Begründung, der Streik sei sitten-

widrig, weil er sich nicht nur gegen den einzelnen Arbeitgeber, sondern gegen die Ernährung des Volkes richte. Das von den Amerikanern unter Druck gesetzte Arbeitsgericht entschied gegen den Streik, und die rechten Gewerkschaftsführer bliesen die Streikämpfe in Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen ab. In Niedersachsen wurde der Streik ausgelöst. Aber McCloy gab dem Vorsitzenden des DGB, Fette, den Befehl, die Landarbeitergewerkschaft in Niedersachsen zu zügeln. Streikposten wurden zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. In einigen Dörfern wurden sämtliche Streikenden verhaftet. Die DGB-Führung würgte auch den Streik in Niedersachsen mit genau der gleichen Begründung ab, wie das Gerichtsurteil in Frankfurt a. M., nämlich, daß sie nichts gegen die Ernährung des Volkes unternehmen will. Was besonders gemein ist, ist die Tatsache, daß in der sozialdemokratischen Presse, wie z. B. in der „Cuxhavener Presse“, einem Kopfbblatt der hannoverschen sozialdemokratischen Zeitung, im Inseratenteil Streikbrecheraufrufe des Unternehmerverbandes und eine Anerkennung für Streikbrecher veröffentlicht wurden.

Die sozialdemokratische Parteiführung und die rechte reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie erfüllen schließlich ihre Rolle als Propagandisten der imperialistischen Ideologie in der Arbeiterbewegung; sie sind die Kanäle, durch die die imperialistische Ideologie in die Reihen der Arbeiterbewegung fließt. Die Instrukteure der amerikanischen gelben Gewerkschaft AFL und die rechten Gewerkschaftsführer scheuen keine Mühe und keine Anstrengung, auch kein Geld, um eine ganze Ideologie des Verrats an den Interessen der Werktätigen aufzubauen.

Da wird eine „Theorie“ aufgestellt, wonach der Arbeiter nicht mehr Arbeiter, sondern „Wirtschaftsbürger“ sei. Wie das auszusehen hat, sagt die „Neue Zeitung“ in folgenden Worten:

„Der Arbeiter wird beginnen, sich ein oder zwei kleine Aktien des Unternehmens, in dem er arbeitet, zu kaufen und wird dadurch in ganz neuer Verbundenheit zu seinem Betrieb stehen. Worauf es ankommt, ist die Erkenntnis, daß der Augenblick da ist, der für die Erreichung des Zieles günstig ist. Jetzt haben die Banken und die Aktiengesellschaften das Wort.“

Es handelt sich hier nicht darum, Genossen, daß die Arbeitsgemeinschaftspolitik, wie sie aus der Weimarer Republik bekannt ist, wiederbelebt werden soll, sondern es geht darum, daß die Gewerkschaftsführer in Westdeutschland mit allen Mitteln versuchen, die Arbeiterklasse an die amerikanischen Imperialisten auszu-

liefern. Der Vorsitzende des DGB, Fette, knallte den Delegierten des DGB-Kongresses in Essen die für die Interessen der Arbeiter so magere Formel auf den Tisch: „Mitbestimmung ist nichts anderes als vollendete Arbeitsgemeinschaft.“ Wie diese Arbeitsgemeinschaft aussehen soll, erklärte das Bundesvorstandsmitglied des DGB, Sträter, der in den USA geschult worden ist, auf einer Betriebsrätevollversammlung in den Rheinischen Röhrenwerken:

„Die Betriebsräte können gehört werden, die Entscheidung aber wird an anderer Stelle getroffen. Aufsichtsräte sind die einzigen legitimen Vertreter der Belegschaft.“

Alle diese Tatsachen, zusammen mit den Maßnahmen der Remilitarisierung, und die eigene Erfahrung, die das werktätige Volk in Westdeutschland tagaus, tagein macht, haben dazu geführt, daß in den letzten Monaten die Erkenntnis des werktätigen Volkes gewachsen ist, wohin diese Politik führt und welche großen Gefahren sie mit sich bringt. Die großen Belastungen, die auf die Schultern des werktätigen Volkes gewälzt wurden, sind drückend. Wenn der Anteil der Werktätigen am Steueraufkommen 1946/47 51,3 Prozent betrug, so beträgt er heute 82,5 Prozent. Der Anteil der Unternehmer ging aber von 48,7 auf 17,4 Prozent zurück. Wenn der Lohnanteil der 12 Millionen Arbeiter und Angestellten 1948 43 Prozent betrug, so beträgt er 1950 nur noch 35 Prozent. Die Unternehmer besaßen 1948 57 Prozent des Gewinnanteils, 1950 aber 65 Prozent.

In diese Situation hinein fielen die Schritte unserer Volkskammer, fiel die Regierungserklärung des Genossen Grotewohl mit der klaren Fragestellung über den Weg des deutschen Volkes, d. h. über die Frage Krieg oder Frieden. Man kann ohne Übertreibung feststellen, daß die letzten Appelle unserer Volkskammer, aber auch der Brief unseres Zentralkomitees an die Mitglieder und Funktionäre der SPD und KPD bei weitem eine größere Wirkung erzielten als alle bisherigen Schritte, die wir unternahmen.

Ich möchte nur das Beispiel aus dem Kreise Bühl herausgreifen, wo eine gemeinsame Mitgliederversammlung der SPD und KPD stattgefunden hat, die beschloß, in allen Orten des Kreises derartige Versammlungen durchzuführen. Es wurde ein Schreiben an die Landesleitungen der SPD und KPD Südbadens gerichtet, in dem vorgeschlagen wird, gemeinsam den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen aufzunehmen. Solche Beispiele gibt es eine ganze Anzahl, sie sind zahlreicher als früher.